

Wider die 16 Sommerkönige

Der wichtigste Satz des Bundespräsidenten zur Neuwahl fiel fast beiläufig. Darin forderte Horst Köhler, endlich das Verhältnis von Bund und Ländern zu entwirren. Sollte die Reform scheitern, muß das Volk handeln. Ein polemischer Ruf nach der Guillotine



ES WAR IM SPÄTHERBST 2002, als der Historiker Arnulf Baring erfolglos an die Bürger appellierte, gegen das erstarrte Parteiensystem und den fossilisierten Föderalismus auf die Barrikaden zu gehen. Jenseits des Rheins schauten die Franzosen interessiert zu und schmunzelten über die alte Liaison von Theoriestärke und Praxischwäche des östlichen Nachbarn. Französische Zeitungen fragten amüsiert, warum die Deutschen nicht – auf gut französisch – eine Revolution begannen und Proskriptionslisten aufstellten.

Vielleicht hat Bundespräsident Horst Köhler damals französische Presse gelesen. Am Donnerstagabend, als Köhler in der ARD bekanntgab, er werde den Bundestag auflösen, setzte er den deutschen Föderalismus jedenfalls auf die Proskriptionsliste: „Die bestehende föderale Ordnung ist überholt.“ Ein kurzer Satz nur. Dann wandte er sich wieder den Neuwahlen zu.

Trotzdem: Rigoroser kann ein Bundespräsident – ein Mann in der Pflicht der überparteilichen Rede – kaum kundtun, daß er ein großes Stück der deutschen Verfassungswirklichkeit in den Orkus spülen möchte, daß er diesen Föderalismus für die fast verstopfte Herzerarterie der deutschen Politik hält. Bleibt nur die Frage: Was tun?

Werden die Länderchefs freiwillig ihrer Pfründe entsagen, der Macht, jede bundespolitische Initiative kurz und klein zu stutzen? Oder muß eine zornige Bauernmeute den Bundesrat stürmen und die Fürsten mit Forke und Erdklumpen vertreiben?

Für das Wohl der

dem sie durchboxten, was dem großen Ganzen schadet wie die ungenügende Senkung der Sozialabgaben, was dem kleinen Eigenen aber dient, nämlich der besse gefüllten Landeskasse.

Wer aber stützt dann diese Fürstenmacht? Etwa das Volk?

Ein Experte für Revolutionäres wie Karl Marx würde bedauernd den Kopf schütteln. Denn revolutionäre Laune kommt laut Marx nur auf, wenn der Proletarier nichts als seine Ketten zu verlieren hat. Bei aller Abwärtstendenz – davon kann in Deutschland des Jahres 2005 keine Rede sein. Ist die Not nicht groß genug, braucht eine Revolution um so mehr Verheißung und Poesie. Das lehrt ein anderer Experte, nämlich Ernst Bloch. Aber wieviel Verheißung, wieviel Poesie wohnt einer Reform des Bund-Länder-Verhältnisses inne? Ist die nicht zu technisch?

Nicht für die Elite. Vielleicht helfen also die Multiplikatoren?

Seien wir ehrlich: Die haben es längst versucht. Es gibt kein deutsches Medium mehr, das nicht schon Feuer gespieen hätte über die föderalistische Impotenz der Politik. Wer hätte nicht Altbundespräsident Roman Herzog gelobt, der die Föderalismusreform zur „Lebensfrage der Republik“ er-

hob? Wer hätte noch nicht seinen „Konvent für Deutschland“ bejubelt, der dem Land einen Aufbruch verschrieb? Nein, es gibt kein revolutionäres Subjekt.

Aber Hoffnung, die gibt es trotzdem. Und zwar weil nichts besser wird. So lange der Bundesrat das Nadelöhr bleibt, in dem jeder große Reformentwurf stecken bleibt, werden Arbeitslosigkeit und Schulden

Republik dürfte dies mindestens so entscheidend sein wie die nächste Wahl. Denn wie kleine Sonnenkönige, wie ein Hochadel auf Zeit, mißbrauchen die Länderchefs ihre Privilegien. Zwar haben sie im eigenen Bundesland kaum mehr etwas zu regieren, dafür aber dürfen sie bei jedem Detail der Bundespolitik mitreden, weil über 60 Prozent aller Bundesgesetze ihrer Zustimmung bedürfen. Und was in den Bundesrat hineinmuß, das kommt meist als legislativer Kretin heraus – oder als Leiche. Entweder werden Gesetzesinitiativen dort blockiert, weil der Absender das falsche Parteibuch hat, oder die Gesetze werden bis zur Unkenntlichkeit durchlöchert.

Sehr gern lassen sich die Länderchefs überdies ihre Zustimmung teuer abkaufen – mit Konzessionen an jedes noch so fragwürdige Länderinteresse, vor allem aber mit dem großen Geld. Und mit noch größerer Empörung, sobald jemand wagt, sie als moderne Wegelagerer zu bezeichnen.

Der gezielte Einsatz von Geldgaben und Gunsterweisen darf absolutistisch genannt werden; erinnert er doch an französische Könige, die ihre Fürsten an den Hof zogen, ein Vermögen verjubelten, um sie bei Laune zu halten, und ihr Ziel erreichten: Die Fürsten wurden dekadent und überließen das Regieren dem König.

Auch die deutschen Kanzler seit Helmut Kohl kaufen sich Mehrheiten im Bundesrat zusammen und verwandeln mit Vorliebe die Länderchefs gegnerischer Couleur in eifrige Sammler teurer Silberlinge. Die Sache hat nur zwei vergiftete Haken: Dem großzügigen Geber droht darüber die Pleite. Und anders als im 17. Jahrhundert wollen die Fürsten des 21. Jahrhunderts ihre Macht nicht vergessen.

Im Gegenteil: Die künftige Kanzlerin wird nicht nur ihre politischen Gegner kaufen müssen, sondern sogar die sogenannten Parteifreunde. Die Unions-Ministerpräsidenten denken gar nicht daran, ihren Einfluß auf Angela Merkel beschneiden zu lassen.

Einen Beweis liefert der jüngste Streit um die Mehrwertsteuer, in

kaum sinken. Dafür wird die kollektive Übellaune steigen.

Schon jetzt knarrt es im Gebälk der Gesellschaft. Schon jetzt liest, sieht und hört man von der zunehmend bitteren Atmosphäre auf Sozial- und Arbeitsämtern, von handgreiflichen Streits, bei denen selbst frustrierte Berater ihre Fäuste schwingen. Schon jetzt beginnen ertrappte Schwarzarbeiter, sich mit den Männern vom Ordnungsamt zu prügeln, weil sie das Gefühl haben, in einem Unrechtsstaat zu leben. Und bei diesen „Schlägern“ handelt es sich um deutsche Elektriker, nicht um die Zuhälter ukrainischer Hostessen. Schon jetzt lacht das Publikum aggressive Tränen, wenn Finanzpolitiker in Talkshows Steuerehrlichkeit fordern.

Eine „Wir sind das Volk“-Rebellion wird es nicht geben. Aber eine Erosion des Bürgergeistes, eine verwilderte, verbitterte Res publica ist wahrscheinlich. Dann erst würden wir dem Schreckbild gleichen, vor dem die Linkspartei stets warnt: der Wolfswelt, in der das Faustrecht zählt und der Gemeinsinn fehlt.

Sollte es so kommen, werden die Medien tun, was in ihrer Macht liegt, um die Schuldigen zu benennen. Und dabei dürften in vorderster Front die 16 Landesfürsten als Zielscheiben aufgestellt werden. Vielleicht kommt der Tag einer konzertierten Medien-Aktion, da jeder Zeitungskommentar, jede Nachrichtensendung und jedes Wunschkonzert mit einem Appell zur Rebellion endet? Mit einem „ceterum censeo“, daß der real-existierende Föderalismus und seine Verantwortlichen endlich in die Wüste geschickt werden müßten? Wer weiß.

Noch ist es nicht so weit. Noch können die Länderchefs freiwillig Macht an den Bund abgeben, um landespolitisch entschädigt zu werden. Würden sie sich dazu durchringen, sollten ihnen zu Ehren 16 Denkmäler vor dem Reichstag errichtet werden. Sollten sie aber erst unter dem Druck einer kollabierenden Gesellschaft von ihrem Sonnenkönigtum lassen – dann sollte man 16 Prangersäulen vor dem Reichstag aufbauen.

„Die bestehende föderale Ordnung ist überholt.“

BUNDESPRÄSIDENT

HORST KÖHLER

am Donnerstag bei seiner Fernseh-Ansprache